

Nein zur «Blechlawine Südzubringer»

Der Stadtluzerner Souverän hat dem Stadtrat und dem Parlament bezüglich Boden- und Wohnbaupolitik klare Aufträge erteilt. Doch bereits steht eine weitere richtungsweisende Abstimmung zu einem grundsätzlichen Problem bevor.

Am Sonntag, dem 23. September, ist die Volksinitiative der IG Industriestrasse «Ja zu einer lebendigen Industriestrasse» mit einer klaren Mehrheit von 61,24 Prozent angenommen worden. Das Stimmvolk hat nach der Annahme der Wohnbau-Initiative vom 17. Juni nun also zum zweiten Mal unmissverständlich signalisiert, worin seine Anliegen bestehen und welches seine Interessen bezüglich Stadtentwicklung sind. Nämlich: Schaffung von mehr preisgünstigem Wohnraum und Erhaltung der demokratischen Kontrolle über die wenigen noch verbleibenden, städtischen Bodenreserven. Die Stadt soll das Industriestrasse-Areal an gemeinnützige Wohnbauträger abgeben, was einen jährlichen Baurechtzins, aber auch grössere Einflussnahme in Bezug auf die Nutzung dieses Bodens garantiert.

Doch die nächste brisante Abstimmung steht bereits vor der Tür und nun gilt es, auch verkehrspolitisch ein deutliches Zeichen zu setzen.

Mit dem Südzubringer (Spange Süd, eingegliedert ins Agglomerationsprogramm des

Kantons Luzern) erhofft sich die Stadt zwar eine Entlastung der Innenstadt. Dazu ein Auszug aus dem Bericht und Antrag an den Grosse Stadtrat von Luzern vom 30. Mai 2012:

«Als Spange Süd wird die geplante zukünftige Strassenverbindung zwischen dem Autobahnanschluss Luzern-Kriens und dem Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof Luzern (ESP Bahnhof) bezeichnet. Die Spange Süd ist Bestandteil der künftigen Stadtumfahrung, welche aus der Stadtautobahn und den Spangen Luzern Nord und Süd besteht. Ziel des Umfahrungsrings um die Stadt Luzern herum ist es, die Innenstadt von Luzern nachhaltig vom Verkehr zu entlasten.»

Doch auch die städtische Verkehrsplanung weist leider wenig Vernünftiges auf, denn fest steht doch Folgendes: Der Ausbau des Strassennetzes rund um den Autobahnanschluss Luzern-Kriens sowie ein Tunnel direkt ins Tribschenquartier fördern einzig und allein die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs (MIV). Zu einer Entschärfung der Verkehrsen-

pässe rund um Luzern und in der Altstadt dürfte das geplante Projekt kaum beitragen. Dies hat auch das Beispiel der dritten Tunnelröhre am Baregg (A1) eindrücklich bewiesen, wo nach nur einem Jahr das Verkehrsaufkommen um 20% zugenommen hatte. Es ist also absehbar, dass die Verkehrsströme so nicht reduziert, sondern höchstensfalls verlagert werden. Und: Hat man bei der Projektierung an die Einwohner des Tribschenquartiers gedacht? Wohl kaum. Dass ein direkt in ein Quartier führender Tunnel dieses massiv abwertet, bedarf wohl keiner weiterer Erklärungen.

Aufgrund dieser mangelhaften Projektierung haben wir JUSO im letzten Jahr die Initiative «Kein Südzubringer in die Stadt» eingereicht. Der Grosse Stadtrat empfiehlt die Vorlage zur Ablehnung. Im bereits erwähnten Bericht und Antrag bezüglich unserer Initiative heisst es auch:

«Die Annahme der Initiative «Kein Südzubringer in die Stadt» würde an die nationalen Prüfbehörden der Agglomerationsprogramme in Bern ein höchst problematisches Signal senden, welches sich sowohl auf die Beurteilung als auch auf die Mittelzuteilung an das Agglomerationsprogramm Luzern negativ auswirken würde.»

Offenbar geht es also vor allen Dingen darum, dass einem unausgereiften Agglomerationsprojekt, in welches die Spange Süd, der Südzubringer also, eingebettet ist, womöglich die Finanzierung entzogen würde, wenn dieses wichtige «Puzzle-Teil» darin fehlen würde. Pikant dabei: Angesichts des defizitären Stadthaushaltes und der bevorstehenden Sparpakete, kann sich die Stadt Luzern ein rund 250 Millionen Franken teures Verkehrsprojekt gar nicht leisten.

Eine nachhaltige Mobilitätspolitik sähe allerdings eine Entlastung vom motorisierten Individualverkehr durch Ausbau des ÖV-Angebots vor. Zudem müssten der Velo- und der Fussverkehr gefördert werden.



JA zur Initiative
kein Südzubringer

Am 25. November
Keine Autobahn in die Stadt!

250 Mio.

JUSO GRÜNE Junge grüne
grünliberale SP SCHÜÜR.CH
GREENPEACE PRO VELO
umverkehrR Verkehrs-Club der Schweiz VCS

Benedikt Koller
Vorstand JUSO Stadt Luzern
sowie Sekretär der SP Kanton Luzern,
Luzern





Josef Bächler 1918–2012

Die Sozialdemokratische Partei Wikon trauert um ihr Gründungsmitglied Josef Bächler, der am 3. Oktober 2012 im 95. Altersjahr verstorben ist. Sepp wird uns allen fehlen.

Sepp hat zusammen mit 15 weiteren mutigen Männern im Jahre 1945 den Start der SP-Wikon ermöglicht.

Sein soziales Engagement schlängelte sich wie ein roter Faden durch sein langes, reich erfülltes Leben. Ob in seinem Beruf als eingefleischter Eisenbahner oder bei seinen Hobbys als unermüdlicher Velofahrer und Wanderer, Sepp hatte immer Zeit zuzuhören, stand aber auch, wenn gewünscht, mit Rat und Tat zur Seite.

Die SP Wikon dankt Sepp für sein unermüdliches Mitwirken für eine sozialere Welt. Viele humorvolle, aber auch nachdenkliche Stunden mit ihm im Kreise der SP-Familie werden uns in guter Erinnerung bleiben.

Judith Bühler, SP Wikon

JA für eine lebenswerte Stadt Luzern, JA zum Voranschlag 2013 mit Steuererhöhung

Am kommenden 16. Dezember 2012 entscheiden die Stadtluzerner Bürgerinnen und Bürger über ein Geschäft, dessen Ausgang unsere Stadt in den nächsten Jahren massgeblich prägen wird. Es geht um den Voranschlag 2013 mit einer Steuererhöhung um eine Zehnteinheit. Eine Ablehnung der Steuererhöhung hätte massive Auswirkungen auf das Grundverständnis dieser Stadt.

Die Steuersenkungen und Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre bescherten der Stadt Luzern seit 2007 Ertragsausfälle in der Höhe von über 40 Millionen Franken. Zusätzlich muss die Stadt Mehrausgaben aufgrund von Gesetzesänderungen in der Höhe von rund 23 Millionen Franken stemmen. Insbesondere die Halbierung der Gewinnsteuer für Unternehmungen und die neue Regelung im Bereich Pflegefinanzierung treffen Luzern hart. Trotz umfangreichen und schmerzhaften Sparmassnahmen in den letzten Jahren (vier Entlastungsprogramme mit Einsparungen von rund 40 Millionen Franken) ist ein strukturelles Defizit nicht abzuwenden und weitere Massnahmen sind unumgänglich.

Bei einer Ablehnung des Voranschlages 2013 und damit der vorgesehenen Steuererhöhung um eine Zehnteinheit wäre die Stadt Luzern gezwungen, ein weiteres Sparpaket in der Höhe von 15 Millionen Franken umzusetzen. Dabei würden Errungenschaften der vergangenen Jahre in Frage gestellt (Beispiel Quartier-, Familien- und Bildungspolitik) und

die zukünftige Entwicklung (Beispiel Verkehrs- und Wohnraumpolitik) behindert. Die Massnahmen würden zu Verschlechterungen in fast allen Bereichen führen und entsprechend auch die breite Bevölkerung treffen.

Die SP Stadt Luzern hat sich an ihrer Mitgliederversammlung vom 24. Oktober klar für eine Steuererhöhung ausgesprochen. Auch die bürgerlichen Parteien – ausser der SVP – sowie eine Reihe von Exponenten des öffentlichen Lebens unterstützen die Finanzstrategie des Stadtrates. Die Zustimmung der Bevölkerung ist damit aber leider noch nicht garantiert.

Wir brauchen deine Unterstützung und dein Engagement, indem Du dein Umfeld davon überzeugst, indem Du Leserbriefe schreibst und v. a. indem Du am 16. Dezember 2012 an die Urne gehst!

P.S. Wer sich aktiv engagieren will und/oder wer sich dem JA-Komitee anschliessen will, kann sich bei Daniel Furrer, Tel. 079 328 83 20 oder E-Mail: d.furrer@lakelucerne.ch melden.

Daniel Furrer
SP-Grossstadtrat, Mitglied der GPK
und Mitglied Arbeitsgruppe
«JA zu einer lebenswerten Stadt»



STADT LUZERN

Eine BZO-Revision für die Wohnbevölkerung

Gleich zwei Abstimmungen zur Wohnpolitik hat der Stadtrat in den letzten Monaten klar verloren. Bei der Initiative für zahlbaren Wohnraum wie auch bei der Industriestrasen-Initiative argumentierte der Stadtrat aus einer rein ökonomischen Sicht und liess gesellschaftliche und kulturelle Aspekte wenig

gelten. In gleicher Art ist auch die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) erfolgt. Nicht die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern die Ansiedlung internationaler Firmen steht im Mittelpunkt. Wohnpolitische Massnahmen wie Zonen für gemeinnützigen Wohnbau wurden nicht aufgenommen. Gemäss

der aktuellen Bevölkerungsbefragung wünschen sich 58 Prozent Mehrausgaben für die Schaffung von Wohnraum.

Die SP nimmt diesen Wunsch ernst und wird sich entsprechend im Parlament einbringen. So könnte eine gemeinnützige Wohn- und Arbeitszone an der Industriestrasse

gemäss dem Willen des Stimmvolks rasch umgesetzt werden.



Marcel Budmiger
Grossstadtrat Luzern

Das Argument mit den Arbeitsplätzen und die Funktion des Marktes

Wenn es um Waffenexport geht, dann kommt immer wieder das Argument der Arbeitsplätze. Es heisst: «Wenn wir diesen Export nicht durchführen können, dann sind Arbeitsplätze in Gefahr.» Dieses Argument ergibt nur dann einen Sinn, wenn man davon ausgeht, dass die Waffen in falsche Hände kommen können. Denn sonst könnte man sich ja darauf beschränken, zu sagen, die exportierten Waffen werden eh nie gebraucht. (Nebenfrage: Wozu dienen Waffen, welche man nie braucht?) Die jüngsten Erfahrungen im Syrienkonflikt, wo Waffen aus Europa, ja sogar aus der Schweiz in die Hände der Aufständischen gerieten, belegen, dass Waffen in die falschen Hände kommen kön-

nen. Die Schweiz macht geltend, dass es Verträge und Zusicherungen gebe. Aber wie Figura zeigt, Zusicherungen der Art, die Waffen würden nicht weitergegeben, sind nicht viel wert. Ganz generell gilt: Wir können nicht garantieren, dass die Waffen, welche wir ausserhalb Europas exportieren, nicht irgendeinmal gebraucht, oder besser gesagt: missbraucht werden. Kehren wir zum eingangs genannten Argument zurück. Das Argument sagt im Klartext, Arbeit für unsere Leute ist uns wichtiger, als die Gefährdung von Menschenleben in anderen Staaten. Im Jargon der Ökonomie könnte man kurz formulieren: Unsere Präferenz lautet, Arbeit ist wichtiger als Leben.

Wenden wir uns einem anderen ökonomischen Bereich zu: Im Gesundheitswesen werden jedes Jahr neue Arbeitsplätze geschaffen. Dies wird in der Öffentlichkeit selten erwähnt, aber es ist eine Tatsache. Wir nehmen dies meist in anderer Form wahr, etwa so: «Die Gesundheitskosten, die Krankenkassenprämien, sind im vergangenen Jahr wieder um fünf Prozent gestiegen.» Wir sprechen somit nur von Kosten und nicht von den dahinter stehenden Arbeitsplätzen, und wir vernachlässigen die dahinter stehende Leistung, welche uns bzw. den Kranken zugute kommt. Diese Leistung heisst Leben erhalten und Lebensqualität erhalten. Betrachten wir dies wieder unter dem Blickwinkel der Präferenzen. Aus unserem Verhalten lässt sich schliessen, dass wir den Tod Arbeitsplätzen, welche Leben erhalten, vorziehen.

Sehen wir uns die ökonomische Seite genauer an: Das Argument mit den Arbeitsplätzen in der Waffenindustrie besagt, dass nicht nur unsinnige, sondern sogar lebensbedrohliche Güter produziert werden müssen, damit alle Arbeit finden und das für unseren Lebensunterhalt notwendige Geld verdienen können. Und das Argument sagt auch, dass daran kein Weg vorbeiführt (sonst könnte man diesen Weg ja gehen). Eigentlich ist dies erstaunlich. Denn die Güter, welche die Rüstungsange-



stellten konsumieren, sind ja auch vorhanden, ohne dass Waffen produziert würden. Offenbar können sie von Rüstungsangestellten nur gekauft werden, wenn irgendwelche Warlords aus anderen Ländern diese Rüstungsangestellten bezahlen. Könnte man nicht die Güter an die Rüstungsangestellten abgeben, ohne dass diese arbeiten müssten? Das Argument von den zu erhaltenden Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie erklärt das für unmöglich. Wenn das stimmt, dann handelt es sich um ein eklatantes Marktversagen. Die Marktwirtschaft wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht, die Präferenzen der Bürger optimal zu befriedigen.

Doch es kommt noch schlimmer: Einige Firmen haben in der Vergangenheit versucht, ihre Produktion zu konvertieren und für zivile Zwecke zu produzieren. Einige waren sogar im Gesundheitssektor tätig. Erstaunlicherweise hat dies wenig Beifall seitens der Gesellschaft gefunden. Und einige dieser Firmen haben

ihre Produkte mangels Rentabilität wieder vom Markt genommen.

Uns sollten diese Sachverhalte bedenklich stimmen. Wir sollten über Präferenzen nachdenken. Aus obigen Texten folgt schliesslich: Wir bevorzugen Tod gegenüber Arbeit und Arbeit gegenüber Leben. Andere ebenfalls wenig schmeichelhafte Erklärungen könnten lauten:

- Bei Waffenexporten geht es ja um Tötungen, welche nicht in unserem Land stattfinden.
- Wir wollen zwar, dass die Ärzte für uns alles tun, aber nicht für die anderen, da das unser Portemonnaie belastet.

Aber stellen diese Sätze wirklich unsere Meinung dar? Die dahintersteckende Haltung wäre jedenfalls zynisch. Sie könnte schon rein logisch nur von einer Minderheit eingenommen werden. Als Basis für eine Politik wären solche Grundsätze ungeeignet. Denn Politik bedeutet ja, Lösungen zu finden, welche man nicht nur gegenüber einer einzigen Person rechtfertigen kann, sondern welche von der Mehrheit getragen werden. Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht so denkt, sondern die Produktion von Gesundheitsgütern der Produktion von Waffen bei weitem vorziehen würde. Wir sind uns der Zusammenhänge und der Konsequenzen unserer Haltungen zu wenig bewusst. Die Nachteile der Marktwirtschaft werden selten diskutiert und vielfach ausgeblendet. Wenn von Arbeitsplätzen die Rede ist, dann gilt das als unwiderlegbares Argument, welches auch lauten könnte «Schweig still!». Marktversagen fällt uns hingegen nicht mehr auf. Und dabei ist es doch so: Wer das Argument mit den Arbeitsplätzen im Kontext der Waffenproduktion nennt, übersieht nicht nur das Marktversagen. Er übersieht auch, dass er, ohne es zu wollen, eine Bankrotterklärung der Marktwirtschaft ausspricht.

Was wir stattdessen bräuchten, wäre eine Wirtschaft – von mir aus auch mit einigen Eingriffen in den Markt –, welche nur lebensdienliche Güter produziert. Vielleicht sollten wir uns auch wieder an die Formulierung unseres Parteiprogrammes «Abschaffung des Kapitalismus» erinnern.

Günter Baigger
ist Mitglied der SP Kriens und
pensionierter Mathematiker



10 Jahre SP-Sektion Willisau – eine Erfolgsgeschichte

Auf Initiative des damaligen Regierungsrates Paul Huber wurde, zusammen mit einer Reihe FraktionsvertreterInnen, eine lose Gruppe politisch Interessierter an zahlreichen Treffen für die Gründung einer Sektion motiviert. Dieser Prozess dauerte gegen fünf Jahre!

Nachdem sich mit Hans Höltschi und Hermann Morf zwei initiative Sozialdemokraten für das Co-Präsidium zur Verfügung stellten, liessen sich auch genügend engagierte Mitglieder für die Vorstandsarbeit finden. So konnte im November 2002 die SP-Sektion gegründet werden.

Lange Vorbereitung – schnelle Erfolge

War die Vorbereitung langwierig und von grossen Unsicherheiten und Schwierigkeiten begleitet, durften dann kurz nach dem offiziellen Start bereits die ersten Erfolge gefeiert werden. Im Frühjahr 2003 wurde Hermann Morf als ers-

ter SP-Vertreter aus dem Amt Willisau ins kantonale Parlament gewählt. Bei den ersten Kommunalwahlen im Jahre 2005 für die neu fusionierte Gemeinde wurde die SP-Kandidatin Brigitte Troxler-Unternährer mit dem drittbesten Resultat in den Stadtrat gewählt. Zudem wurde mit Eva Häfliger eine SP-Vertretung für die Einbürgerungskommission bestimmt. Unsere kühnsten Erwartungen wurden damit übertroffen.

Konsolidierung

Durch intensive Parteiarbeit mit Stand- und Leserbriefaktionen, Wahlveranstaltungen, Parteiversammlungen sowie aktiver Mitarbeit in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen konnten wir uns in der Gemeinde und in der Region positionieren. So ist es uns gelungen, bei den Wahlen unsere Vertretungen zu behalten. Die Sektion zählt mittlerweile über

30 Mitglieder und eine grosse Anzahl Sympis. Dank einer sehr aktiven JUSO im Amt Willisau ist auch für die kommenden Jahre vorgesorgt.

Das Fest

Am 10. November 2012 feiern wir das Zehnjahre-Jubiläum im Bürgersaal des Rathauses: Nach einem Apéro um 19 Uhr mit verschiedenen Ansprachen wird Pedro Lenz aus seinem neusten Buch «Liebesgeschichte» lesen. Zu dieser Veranstaltung sind alle herzlich eingeladen.

Walter Troxler
Präsident SP Willisau



100 Jahre SP Kriens – Jubiläumsfeier vom 25. November

Mit der rasanten Entwicklung der Firma Bell von einer Pferdehaar-Flechtere zu einem Grossbetrieb im Bereich der Seiden-, Metall- und Maschinenindustrie entstand in Kriens bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine stark wachsende Arbeiterschaft. Diese bildete die Basis für die Gründung der SP Kriens im Jahre 1912.

Vieles, was die Gemeindebevölkerung heute als «schöne Selbstverständlichkeit» schätzt, geht (ursprünglich) auf die hartnäckige Initiative von Krienser Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zurück, so zum Beispiel die Gratis-Lehrmittelabgabe an den Schulen, die

Alters- und Pflegeheime, das Schwimmbad im Kleinfeld, das Museum und das Chinderhuus im Bellpark sowie der Telebus.

Auch nach 100 Jahren übernimmt die SP Kriens aktiv Verantwortung und gestaltet an vorderster Front mit. Sie stellt mit Judith Luthiger die einzige Frau im Gemeinderat und bildet im Einwohnerrat zusammen mit der JUSO eine siebenköpfige Fraktionsgemeinschaft. Ihr oberstes Ziel bleibt eine lebenswerte Gemeinde für alle statt für wenige.

Am Sonntag, den 25. November steigt im evangelischen Kirchenzentrum Johannes in Kriens zum grossen Jubiläum eine kleine Feier.

Es gibt ein tolles Programm mit Begrüssungs-Apéro, Improvisations-Theater, Live-Musik und Risotto. Dazu werden unter anderem Felicitas Zopfi, Prisca Birrer und die Präsidenten aller Luzerner SP-Sektionen erwartet.

Ernst Schäfer
Präsident SP Kriens



AGENDA

Freitag, 4. Januar 2013

Neujahrsapéro
SP Kanton Luzern

17 Uhr, Sentitreff, Luzern

Dienstag, 22. Januar 2013

Delegiertenversammlung

19.15 Uhr

Samstag, 9. März 2013

Parteitag

Dienstag, 30. April 2013

Delegiertenversammlung

19.15 Uhr

Dienstag, 20. August 2013

Delegiertenversammlung

19.15 Uhr

Dienstag, 15. Oktober 2013

Delegiertenversammlung

19.15 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberin

SP Kanton Luzern

Theaterstrasse 7

6003 Luzern

T 041 311 05 85, F 041 311 05 86

info@sp-luzern.ch

www.sp-luzern.ch

Redaktion

Sebastian Dissler